



Vorlagennummer: BV/12417/26
Vorlageart: Beschlussvorlage
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Neuaufstellung des Integrationsbeirates von Hansestadt und Landkreis Lüneburg

Datum: 30.03.2026
Federführung: Fachbereich 5-1 - Soziales und Integration
Organzuständigkeit: RAT

Beratungsfolge

| Gremium | Geplante Sitzungstermine | Öffentlichkeitsstatus |
|---|--------------------------|-----------------------|
| Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Ehrenamt | 30.04.2026 | Ö |
| Verwaltungsausschuss | 19.05.2026 | N |
| Rat der Hansestadt Lüneburg | 21.05.2026 | Ö |

Beschlussvorschlag

Der Rat der Hanststadt Lüneburg beschließt die Geschäftsordnung des gemeinsamen Integrationsbeirates in der vorliegenden Fassung

Sachverhalt

Durch die Anträge

- 2024/226 Landkreis Lüneburg, Antrag vom 20.08.24 von der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe DIE LINKE/Die PARTEI, am 19.09.24 vom Kreistag beschlossen und
- VO/11452/24 Hansestadt Lüneburg, Antrag vom 12.08.24 von der SPD, Bündnis90/Die Grünen und der Gruppe DIE LINKE/Die PARTEI am 13.02.25 vom Rat beschlossen

wurden die Verwaltungen von Hansestadt und Landkreis Lüneburg dazu aufgefordert, ein gemeinsames Konzept zur Reformierung und Stärkung des regionalen Gremiums zur Förderung der politischen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund zur nächsten Kommunalwahl zu entwickeln.

Daraufhin wurde eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen aus den politischen Fraktionen von Stadt und Landkreis Lüneburg, Vertretungen der Verwaltungen von Stadt und Landkreis sowie migrantischen Vertretenden aus dem Integrationsbeirat gegründet. Diese Arbeitsgruppe hat sich seit ihrer Gründung an sieben Terminen zusammengefunden, um einen Entwurf einer Geschäftsordnung zu erstellen.

Geäußerte Änderungswünsche befinden sich aktuell in der Überarbeitung, sodass der Entwurf der Geschäftsordnung dem Sozialausschuss schnellstmöglich als Anlage zu der Vorlage zur Verfügung gestellt wird.

Der Sozialausschuss des Landkreises Lüneburg berät den Entwurf der Geschäftsordnung in seiner Sitzung am 15.04.26, im Sozialausschuss der Hansestadt erfolgt die Beratung am 30.04.26. An der gemeinsamen Vereinbarung über die Bildung eines gemeinsamen Integrationsbeirates für Hansestadt und Landkreis Lüneburg vom 13.09.2017 können bei gegebener Notwendigkeit Änderungen vorgenommen werden.

| Ziel | Unterziel | Bewertung | | | |
|-------------------------------|--|-----------|---|---|----|
| Hochwertige Bildung | | ++ | + | - | -- |
| | Zugang zu hochwertiger fachlicher und beruflicher Bildung für alle | | x | | |
| | Verbreitung von Informationen/Schaffung von Bewusstsein für eine nachhaltige Lebensweise (Klimaschutz, Klimaanpassung, Ernährung usw.) | | x | | |
| | Kulturförderung | | x | | |
| Weniger Ungleichheiten | | ++ | + | - | -- |
| | Förderung der Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit | | x | | |
| | Beteiligungsmöglichkeiten für alle zur Gestaltung der Stadtentwicklung | | x | | |

(++) deutlich positive Auswirkung, (+) positive Auswirkung, (-) negative Auswirkung, (--) erheblich negative Auswirkung

Anlage/n

- Anlage 1: Entwurf GO MIGRAR vom 09.04.26 (öffentlich)
- Anlage 2: Synopse_GO IBR_Entwurf GO MIGRAR vom 09.04.26 (öffentlich)
- Anlage 4: Entwurf GO MIGRAR_Änderungen des Kreisausschusses vom 16.04.2026 (öffentlich)

Geschäftsordnung für den Gemeinsamen Integrationsbeirat der Hansestadt und des Landkreises Lüneburg vom 06.07.2021

(Bekannt gemacht im Amtsblatt für den Landkreis Lüneburg am 16.08.2021, in Kraft ab 07.07.2021)

Der Gemeinsame Integrationsbeirat von Hansestadt und Landkreis Lüneburg hat in seiner Sitzung am 06.07.2021 folgende Geschäftsordnung beschlossen:

§ 1 Grundsätze

Die Hansestadt und der Landkreis Lüneburg bilden einen Gemeinsamen Integrationsbeirat, nachfolgend IBR genannt.

Entwurf einer Geschäftsordnung für den gemeinsamen Migrationsrat der Hansestadt und des Landkreises Lüneburg 09.04.26

Präambel

Der MIGRAR – Gemeinsame Migrationsrat der Hansestadt und des Landkreises Lüneburg – ist die demokratisch legitimierte Interessenvertretung der Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte in Stadt und Landkreis Lüneburg.

Er versteht sich als eigenständiges Gremium in der kommunalen Struktur. Er fördert die politische, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe und setzt sich für ein solidarisches, vielfältiges und gleichberechtigtes Zusammenleben ein – unabhängig von Herkunft, Sprache, Geschlecht, Religion, sexueller Identität oder Behinderung.

Der MIGRAR betrachtet Integration als einen wechselseitigen Prozess: Ermutigung zur aktiven Teilhabe sowie Teilhabe, Förderung und Anerkennung von Vielfalt in Stadt und Landkreis Lüneburg.

§ 1 Grundsätze

- (1) Die Hansestadt und der Landkreis Lüneburg bilden auf Grundlage der Vereinbarung zwischen Hansestadt Lüneburg und dem Landkreis Lüneburg vom 13.09.2017 gemeinsam den MIGAR-Gemeinsamen Migrationsrat.

Die Geschäftsordnung basiert auf der Vereinbarung zwischen Hansestadt und Landkreis Lüneburg vom 13.09.2017.

§ 2 Vorstand

- (1) Der IBR hat einen Vorstand. Der Vorstand bereitet die Sitzungen vor und ist Ansprechpartner der Verwaltung.*
- (2) Er besteht aus der/dem Vorsitzenden, der/dem stellvertretenden Vorsitzenden sowie einer Vertreterin/ einem Vertreter der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund.*
- (3) Der Vorstand regelt selbständig unter sich, wer welche Aufgaben wahrnimmt.*

§ 3 Geschäftsführung

- (1) Die Geschäftsführung obliegt dem Bildungs- und Integrationsbüro des Landkreises Lüneburg - Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe.*
- (2) Die Leiterin / der Leiter des Bildungs- und Integrationsbüros – Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe gehört dem Gremium ohne Stimmberechtigung an.*

(2) Diese Geschäftsordnung basiert auf der Vereinbarung zwischen Hansestadt und Landkreis Lüneburg vom 13.09.2017.

§ 2 Aufgaben und Stellung

- (1) Der MIGRAR wirkt im Rahmen seiner Zielsetzung an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen mit, die Menschen mit Migrationsgeschichte betreffen.
- (2) Er kann Anträge, Empfehlungen und Stellungnahmen an Ausschüsse, Rat der Hansestadt und Kreistag richten.
- (3) Der MIGRAR entscheidet im Rahmen der ihm zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel über die Verwendung derselben. Der MIGRAR kann eigenständige Öffentlichkeitsarbeit betreiben.

§ 5 Vorstand

- (1) Der MIGRAR wählt aus seinen Mitgliedern in geheimer Wahl einen Vorsitz und eine Stellvertretung.
- (2) Der Vorsitz und die Stellvertretung werden mit einfacher Mehrheit gewählt.
- (3) Der Vorstand bereitet Sitzungen vor, vertritt MIGRAR nach außen und ist Ansprechpartner für Verwaltung, Politik und Presse. Der Vorstand wird für ein Jahr gewählt. Nach einem Jahr muss eine Neuwahl oder eine Bestätigung des Vorstands vollzogen werden.

§ 6 Geschäftsstelle

- (1) Die Geschäftsführung des Migrationsbeirates wird durch die Verwaltungen des Landkreises Lüneburg und der Hansestadt Lüneburg sichergestellt.
- (2) Sie unterstützt den Vorstand organisatorisch, erstellt Protokolle, versendet Einladungen, organisiert Sitzungen, die Wahlkommission und kommuniziert mit Verwaltung und Politik.

- (3) *Die Geschäftsführung ist zuständig für die Erstellung der Tagesordnung, den Versand der Einladung, Protokollführung, Weiterleitung von allen Anträgen, Stellungnahmen und Empfehlungen an die zuständigen Stellen, die Abwicklungen der Sitzungsgelder nach § 6 sowie die Weiterleitung der Informationen aus dem Niedersächsischen Integrationsrat (NIR) und die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.*
- (4) *Die Einladung für die Mitglieder aus den Fraktionen erfolgt über das Sitzungsverwaltungsprogramm, nachfolgend Allris genannt. Die Mitglieder, die keinen Zugang zu Allris haben, erhalten ihre Einladung nebst Anlagen per E-Mail. Sollte das im Einzelfall mangels technischer Voraussetzungen nicht möglich sein, kann die Zusendung der Einladungen und Sitzungsunterlagen per Post angefordert werden.*
- (5) *Die Geschäftsführung beruft den Vorstand nach Bedarf, mindestens jedoch vierteljährlich zu Sitzungen ein.*

§ 4 Mitglieder

- (1) *Jedes Mitglied ist zur gewissenhaften, aktiven Mitarbeit verpflichtet. Über seine sonstigen Pflichten bei ehrenamtlichen Tätigkeiten ergeht eine Belehrung entsprechend § 43 NKomVG.*
- (2) *Der IBR wird in der Öffentlichkeit vertreten durch den Vorstand und die Geschäftsführung. Die Mitglieder des IBR sind nicht befugt, Namens und im Auftrag des IBR zu handeln oder zu sprechen, wenn sie nicht durch Beschluss des IBR und ein personenbezogenes, konkretes Mandat ausdrücklich dazu ermächtigt worden sind. Der Auftrag wird mittels Beschluss definiert und schriftlich festgehalten.*
- (3) *Die Regelung ihrer Stellvertretung obliegt den im IBR vertretenen Fraktionen, Gruppen und Institutionen. Über die Vertretungsregel für die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund stimmen sich die gewählten Migrantinnenvertreterinnen und –vertreter nach dem*

- (3) Die Geschäftsstelle kann Workshops, Schulungen und öffentliche Veranstaltungen durchführen.

§ 3 Zusammensetzung

- (1) Der MIGRAR besteht aus bis zu 20 migrantischen Vertretenden (10 aus der Hansestadt Lüneburg und 10 aus dem Landkreis Lüneburg).
- (2) Weitere Mitglieder ergeben sich aus der Vereinbarung zwischen Hansestadt und Landkreis Lüneburg vom 13.09.2017.
- (3) Die Zusammensetzung soll gendergerecht und divers erfolgen.
- (4) Die Amtsperiode beginnt mit der Berufung der Mitglieder durch den Rat der Hansestadt Lüneburg und dem Kreistag des Landkreises Lüneburgs. Bis zur Neukonstituierung führt der bisherige MIGRAR die Geschäfte kommissarisch weiter.

Auswahlverfahren zu Anfang einer jeden Wahlperiode untereinander ab. Ob die Vertretung personenbezogen erfolgt oder nicht kann von Wahlperiode zu Wahlperiode variieren.

- (4) Bei Bedarf kann einmal im Jahr nachbesetzt werden, wenn mehr als zwei stimmberechtigte Mitglieder der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund aus dem Gremium ausgeschieden sind bzw. absehbar ausscheiden werden. Als Nachrücker werden zunächst die nach der Vereinbarung genannten Stellvertreter/innen angefragt. Wenn kein/e Stellvertreter/in und Bewerberinnen und Bewerber aus der letzten Ausschreibungsrunde zur Verfügung stehen, erfolgt analog zu dem o.g. Prozedere eine Ausschreibung der Vakanzen.*
- (5) Wer seinen gesicherten Aufenthaltsstatus verliert, hat die Pflicht, dies unverzüglich der Geschäftsführung anzuzeigen. Er/sie verliert den Sitz im Integrationsbeirat mit sofortiger Wirkung.*
- (6) Ein Ende der Mitgliedschaft kann auch durch Mandatsverzicht erfolgen.*

§ 4 Wahl, Berufung und Abberufung

- (1) Die Wahl der migrantischen Mitglieder finden parallel zur Kommunalwahl in Niedersachsen statt.
- (2) Wählbar sind Menschen mit Migrationshintergrund (Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Im Einzelnen umfasst diese Definition zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-) Aussiedlerinnen und (Spät-) Aussiedler sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen dieser Gruppe (Definition Statistisches Bundesamt, Stand 2025)) ab 16 Jahren mit Hauptwohnsitz seit mindestens drei Monaten in Stadt

oder Landkreis Lüneburg, mit deutscher Staatsangehörigkeit oder rechtmäßigem Aufenthalt.

- (3) Eine Wahlkommission begleitet das Verfahren. Sie besteht aus
 - 3 mehrheitlich gewählten migrantischen Vertreter*innen und 2 mehrheitlich gewählten politischen Vertreter*innen aus dem alten IBR (MIGRAR),
 - Die migrantischen und politischen Vertreter*innen sind gleich stimmberechtigt,
 - der Geschäftsstelle ohne Stimmrecht.
- (4) Vorschläge können durch Migrantenselbstorganisationen, Vereine, Verbände, Initiativen oder Einzelpersonen erfolgen.
- (5) Die Berufung erfolgt durch den Rat der Hansestadt und den Kreistag.
- (6) Bei Pflichtverletzungen gemäß § 7 kann der MIGRAR die Abberufung eines Mitglieds beim Rat oder Kreistag beantragen.
- (7) Bei Ausscheiden rückt die gewählte Stellvertretung nach.

§ 5 Teilnahme an den Sitzungen

- (1) *Der IBR tagt mindestens vier Mal im Jahr und die Sitzungssprache ist deutsch.*
- (2) *Die Mitglieder des Beirates verpflichten sich, an den Sitzungen des Beirates sowie der Ausschüsse und Gremien, denen sie als beratende bzw. stimmberechtigte Mitglieder bzw. entsandte Delegierte des IBR angehören, teilzunehmen und die Geschäftsführung und den Vorstand des Beirates über relevante Themen und Entscheidungen, die die Arbeit des Beirates betreffen, unverzüglich zu informieren.*
- (3) *Beratende bzw. stimmberechtigte Mitglieder bzw. entsandte Delegierte des Beirats in anderen Fachausschüssen oder in den NIR entsandte Delegierte sind verpflichtet, sich bei Verhinderung in den Sitzungen der Fachausschüsse vertreten zu lassen. Die Benachrichtigung der / des jeweiligen Stellvertreterin / Stellvertreters liegt in ihrer eigenen Verantwortung. Die Geschäftsführung des IBR ist davon in Kenntnis zu setzen.*

§ 8 Sitzungen

- (1) MIGRAR tagt mindestens sechs Mal jährlich; Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich.
- (2) Die Einladung mit Tagesordnung erfolgt mindestens 14 Tage vorher.
- (3) Ein Drittel der Mitglieder kann eine Sondersitzung verlangen.
- (4) Zu Beginn jeder Sitzung findet eine Einwohnenden Fragestunde statt.
- (5) Sitzungssprache ist Deutsch.

- (4) *Es wird eine Anwesenheitsliste geführt. Diese dient als Grundlage für die Auszahlung des Sitzungsgeldes.*
- (5) *Die Mitglieder des IBR tragen sich bei jeder Sitzung eigenverantwortlich in eine Anwesenheitsliste ein und unter Kennzeichnung der Uhrzeit aus.*
- (6) *Beiratsmitglieder, die zu einer IBR Sitzung aus wichtigem Grund verspätet kommen oder sie verlassen wollen, haben sich bei der/dem Vorsitzenden zu melden und selbst für eine Dokumentation in der Anwesenheitsliste zu sorgen.*

§ 6 Sitzungsgeld

Die Tätigkeit im IBR ist ehrenamtlich. Die Mitglieder erhalten keine Aufwandsentschädigung, sondern ein Sitzungsgeld gemäß § 1 Abs. 1 Buchstabe b) der Entschädigungssatzung des Landkreises Lüneburg in der festgelegten Höhe der jeweils gültigen Fassung.

§ 7 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Bei Sitzungsabwesenheit ist das Mitglied verpflichtet, sich bei der Geschäftsstelle abzumelden.
- (2) Jedes Mitglied hat das Recht Anträge zu stellen. Die Dringlichkeit ergibt sich aus den Geschäftsordnungen beider Häuser.
- (3) Die Mitglieder nehmen verpflichtend an einem jährlichen Informationsworkshop teil.
- (4) Alle Mitglieder verpflichten sich zu einem diskriminierungsfreien, diversitätssensiblen Verhalten.
- (5) Mandatsverzicht ist jederzeit schriftlich möglich.

§ 7 Vorsitz und Ladung

- (1) Die/der jeweilige Vorsitzende des Sozialausschusses der Hansestadt und des Sozialausschusses des Landkreises sind alternierende Vorsitzende/stellvertretende Vorsitzende des IBR. Der Wechsel im Vorsitz erfolgt nach Ablauf der Wahlperiode.*
- (2) Die oder der Vorsitzende laden unter Beifügung einer Tagesordnung und evtl. schriftlicher Anträge zu den Sitzungen ein. Aus der Einladung muss ersichtlich sein, wann und wo die Sitzung stattfindet. Die / der Vorsitzende leitet die Sitzung und übt das Hausrecht aus.*
- (3) Die Ladungsfrist beträgt vierzehn Tage; sie kann aus zwingendem Grund auf sieben Tage verkürzt werden.*
- (4) Zu einer Sitzung muss unverzüglich eingeladen werden, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder es verlangt. Die Gründe sind mitzuteilen.*

§ 8 Tagesordnung

- (1) Alle Beiratsmitglieder sind berechtigt, Tagesordnungspunkte anzumelden. Sie müssen spätestens drei Wochen vor der Sitzung bei der /dem Vorsitzenden oder der Geschäftsführung vorliegen. In dringenden Fällen kann diese Frist auf zehn Tage verkürzt werden.*
- (2) Die/der Geschäftsführende stellt in Absprache mit der/dem Vorsitzenden die Tagesordnung auf. Anträge, die nach der Abstimmung im Gremium an die Verwaltungsausschüsse oder den Kreistag bzw. den Rat der Hansestadt weitergeleitet werden sollen, sind schriftlich als Anlage für die Einladung mit vorzulegen.*
- (3) Vor/zu Beginn einer Sitzung wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt. Die Bürgerfragen sollen mit Einleitung 2 Minuten nicht überschreiten. Beantwortet werden die Fragen von der/dem Vorsitzenden oder Mitgliedern des Beirates.*
- (4) Die Sitzungen sind öffentlich. Für den Ausschluss der Öffentlichkeit gilt § 64 NKomVG.*

Siehe §§ 8 und 5 Entwurf GO MIGRAR

Siehe §§ 7 und 8 Entwurf GO MIGRAR

§ 9 Beschlussfähigkeit

- (1) Der Beirat ist beschlussfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Ladung die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.*
- (2) Die oder der Vorsitzende stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.*

§ 10 Beratung und Redezeit

- (1) Ein Beiratsmitglied darf nur sprechen, wenn ihm von der/dem Vorsitzenden das Wort erteilt wird. Es darf nur zur Sache gesprochen werden. Zwischenfragen sind nur mit Zustimmung des/der Vorsitzenden und des/der Sprechenden zulässig.*
- (2) Wird das Wort gewünscht, muss sich das Beiratsmitglied durch Erheben der Hand bemerkbar machen.*
- (3) Die/der Vorsitzende erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen, indem sie/er den Namen des Beiratsmitgliedes aufruft. Wird das Wort gleichzeitig von mehreren Beiratsmitgliedern gewünscht, entscheidet die/der Vorsitzende über die Reihenfolge.*
- (4) Bei Wortmeldungen „zur Geschäftsordnung“ ist das Wort außerhalb der Reihenfolge zu erteilen, sobald die jeweilige Rednerin/der jeweilige Redner ihre/seine Ausführungen beendet hat. Die Wortmeldung ist durch das Heben beider Hände anzuzeigen.*
- (5) Die/der Vorsitzende kann zur Wahrnehmung der ihr/ihm nach § 63 NKomVG obliegenden Befugnisse jederzeit das Wort nehmen.*
- (6) Der Landrat / die Landrätin und der Oberbürgermeister / die Oberbürgermeisterin sind auf ihr Verlangen zum Gegenstand der Verhandlung zu hören. Die/der Vorsitzende kann ihnen zur tatsächlichen oder rechtlichen Klarstellung des Sachverhalts auch*

§ 9 Beschlussfassung

- (1) MIGRAR ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.*
- (2) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst.*
- (3) Auf Antrag eines Drittels der Anwesenden wird geheim abgestimmt.*
- (4) Beschlüsse werden dokumentiert und – soweit keine vertraulichen Inhalte bestehen – veröffentlicht.*

außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldung das Wort erteilen.

- (7) Die Redezeit des einzelnen Beiratsmitgliedes soll drei Minuten nicht überschreiten.*

§ 11 Abstimmung

- (1) Der Beirat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.*
- (2) Auf Verlangen eines Mitglieds des Beirates ist über einen Antrag in geheimer Wahl abzustimmen.*

§ 12 Verstöße

- (1) Alle Mitglieder des Beirates pflegen eine diversitätssensible Sprache und sind verpflichtet, Diskriminierungen zu vermeiden. Persönliche Angriffe und Beleidigungen sowie insbesondere rassistische oder anderweitig herabwürdigende Äußerungen über Gruppen und Teile der Bevölkerung sind von der/dem Vorsitzenden sofort zu rügen.*
- (2) Die/der Vorsitzende kann Beiratsmitglieder unter Nennung des Namens „zur Ordnung“, falls sie/er vom Verhandlungsgegenstand abschweift, „zur Sache“ rufen. Dies gilt insbesondere für Verstöße gegen die Bestimmungen der Geschäftsordnung oder allgemeine demokratische Grundrechte (z.B. Artikel 3 Absatz (3) Grundgesetz: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines*

§ 11 Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit

- (1) MIGRAR arbeitet nach dem Grundsatz größtmöglicher Transparenz.
- (2) Sitzungsdokumente und Beschlüsse werden über Allris zugänglich gemacht.

Siehe § 9 Entwurf GO MIGRAR

Siehe § 7 Entwurf GO MIGRAR

Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“).

- (3) Folgt das Beiratsmitglied dieser Ermahnung nicht, so kann die/der Vorsitzende ihm/ihr nach nochmaliger Verwarnung das Wort entziehen. Ist einem Beiratsmitglied das Wort entzogen, so darf es zu diesem Punkt der Tagesordnung nicht mehr sprechen.*
- (4) Wird die Ordnung in einer Sitzung gestört und gelingt es der/dem Vorsitzenden nicht, sie wiederherzustellen, so kann sie/er die Sitzung unterbrechen bzw. nach Beratungen mit dem Vorstand aufheben.*
- (5) Bei Äußerungen, die im Sinne von (1) und (2) von Beiratsmitgliedern als problematisch angezeigt werden, wird vom Vorstand und/oder der Geschäftsführung mit den Verursachern zeitnah nach der Sitzung ein klärendes Gespräch geführt.*

§ 13 Protokoll

- (1) Die Sitzung wird in einem Ergebnisprotokoll festgehalten.*
- (2) Aus dem Protokoll muss ersichtlich sein,
 - a. Wann und wo die Sitzung stattfand*
 - b. Wer an ihr teilnahm,*
 - c. Welche Gegenstände behandelt, welche Beschlüsse gefasst und welche Wahlen vorgenommen worden sind.**
- (3) Das ist von der/dem Vorsitzenden des Beirats und der Geschäftsführerin/ dem Geschäftsführer zu unterzeichnen. Eine Ausfertigung ist allen Beiratsmitgliedern per E-Mail bzw. per Post spätestens mit der Einladung zur nächsten IBR Sitzung zu übersenden. Die Sitzungsprotokolle werden in Allris von Hansestadt und Landkreis Lüneburg veröffentlicht.*
- (4) Der Beirat beschließt in der nächsten Sitzung über die Genehmigung des Protokolls.*

§ 12 Protokoll

- (1) Über jede Sitzung wird ein Ergebnisprotokoll erstellt.*
- (2) Es enthält: Ort, Zeit, Teilnehmende, Tagesordnungspunkte, Beschlüsse.*
- (3) Es muss von Vorsitz und Geschäftsstelle unterzeichnet und fristgerecht an die Mitglieder verschickt werden.*

§ 14 Arbeitskreise

- (1) Der IBR kann zur Erfüllung seiner Aufgaben Arbeitskreise einrichten.*
- (2) Jeder Arbeitskreis hat das Recht, zu seinen Beratungen / Sitzungen auch nicht IBR-Mitglieder als Gäste hinzuzuziehen. Die Teilnahme von Nicht-IBR-Mitgliedern beschließt ein Arbeitskreis mit mehrheitlicher Zustimmung.*
- (3) Über die Einrichtung und Auflösung eines Arbeitskreises beschließt der IBR mit mehrheitlicher Zustimmung.*
- (4) Jeder Arbeitskreis hat eine Leitung und erstellt ein Sitzungsprotokoll über die Sitzungsergebnisse.*
- (5) Die IBR-Mitglieder eines Arbeitskreises beschließen mit mehrheitlicher Zustimmung, wer den Arbeitskreis leitet und wer das Sitzungsprotokoll erstellt.*

§ 15 Teilnahme am NIR

- (1) Der Integrationsbeirat arbeitet im Niedersächsischen Integrationsrat (NIR) mit.*
- (2) Aus der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund werden insgesamt vier Personen durch den Beirat als Vertreter im NIR gewählt. Das Stimmrecht bei den Sitzungen des NIR legen die gewählten Vertreterinnen und Vertreter untereinander fest.*
- (3) Die Geschäftsführung des Beirates gehört dem NIR ebenfalls an und hat ein Stimmrecht, auf das sie zu Gunsten der Delegierten bei Bedarf verzichten kann.*

§ 16 Mitwirkung in anderen Gremien

- (1) Jedes IBR-Mitglied kann an Gremien mitwirken, die zur Erfüllung der Aufgaben des Beirates von Bedeutung sind.*
- (2) Über Teilnahme / Mitwirkung bzw. Abberufung eines IBR-Mitgliedes an einem Gremium beschließt der IBR mit mehrheitlicher Zustimmung.*

§ 10 Arbeitsgruppen und Vernetzung

- (1) MIGRAR kann thematische Arbeitsgruppen einrichten und externe Personen hinzuziehen.*
- (2) Er entsendet Vertreter*innen in den Niedersächsischen Integrationsrat (NIR).*
- (3) Die Arbeitsgruppen berichten regelmäßig an den MIGRAR.*

Siehe § 10 Entwurf GO MIGRAR

Siehe § 10 Entwurf GO MIGRAR

(3) Die Mitglieder des Beirates, die an Gremien mitwirken / teilnehmen, verpflichten sich nach § 5 Absatz (2), die Geschäftsführung und den Vorstand des Beirates über relevante Themen und Entscheidungen, die die Arbeit des Beirates betreffen, unverzüglich zu informieren und sich vor der Teilnahme an Beschlussfassungen mit ihnen abzustimmen. Sie sind dem IBR gegenüber zu den Sitzungen berichtspflichtig.

§ 17 Änderung der Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung kann von der einfachen Mehrheit des IBR geändert und beschlossen werden.

§ 18 Inkrafttreten

Die Geschäftsordnung tritt am 07.07.2021 in Kraft.

§ 13 Änderungen der Geschäftsordnung

Änderungen können mit einfacher Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder beschlossen werden und treten nach öffentlicher Bekanntmachung im Amtsblatt in Kraft.

§ 14 Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt am _____ in Kraft.
Sie ersetzt die Fassung vom _____.

Entwurf einer Geschäftsordnung für den gemeinsamen Migrationsrat der Hansestadt und des Landkreises Lüneburg

Stand 09.04.26

Präambel

Der MIGRAR – Gemeinsame Migrationsrat der Hansestadt und des Landkreises Lüneburg – ist die demokratisch legitimierte Interessenvertretung der Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte in Stadt und Landkreis Lüneburg.

Er versteht sich als eigenständiges Gremium in der kommunalen Struktur.

Er fördert die politische, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe und setzt sich für ein solidarisches, vielfältiges und gleichberechtigtes Zusammenleben ein – unabhängig von Herkunft, Sprache, Geschlecht, Religion, sexueller Identität oder Behinderung.

Der MIGRAR betrachtet Integration als einen wechselseitigen Prozess:

Ermutigung zur aktiven Teilhabe sowie Teilhabe, Förderung und Anerkennung von Vielfalt in Stadt und Landkreis Lüneburg.

§ 1 Grundsätze

- (1) Die Hansestadt und der Landkreis Lüneburg bilden auf Grundlage der Vereinbarung zwischen Hansestadt Lüneburg und dem Landkreis Lüneburg vom 13.09.2017 gemeinsam den MIGAR-Gemeinsamen Migrationsrat.
- (2) Diese Geschäftsordnung basiert auf der Vereinbarung zwischen Hansestadt und Landkreis Lüneburg vom 13.09.2017.

§ 2 Aufgaben und Stellung

- (1) Der MIGRAR wirkt im Rahmen seiner Zielsetzung an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen mit, die Menschen mit Migrationsgeschichte betreffen.
- (2) Er kann Anträge, Empfehlungen und Stellungnahmen an Ausschüsse, Rat der Hansestadt und Kreistag richten.
- (3) Der MIGRAR entscheidet im Rahmen der ihm zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel über die Verwendung derselben. Der MIGRAR kann eigenständige Öffentlichkeitsarbeit betreiben.

§ 3 Zusammensetzung

- (1) Der MIGRAR besteht aus bis zu 20 migrantischen Vertretenden (10 aus der Hansestadt Lüneburg und 10 aus dem Landkreis Lüneburg).
- (2) Weitere Mitglieder ergeben sich aus der Vereinbarung zwischen Hansestadt und Landkreis Lüneburg vom 13.09.2017.
- (3) Die Zusammensetzung soll gendergerecht und divers erfolgen.
- (4) Die Amtsperiode beginnt mit der Berufung der Mitglieder durch den Rat der Hansestadt Lüneburg und dem Kreistag des Landkreises Lüneburgs. Bis zur Neukonstituierung führt der bisherige MIGRAR die Geschäfte kommissarisch weiter.

§ 4 Wahl, Berufung und Abberufung

- (1) Die Wahl der migrantischen Mitglieder finden parallel zur Kommunalwahl in Niedersachsen statt.
- (2) Wählbar sind Menschen mit Migrationshintergrund (Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Im Einzelnen umfasst diese Definition zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-) Aussiedlerinnen und (Spät-) Aussiedler sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen dieser Gruppe (Definition Statistisches Bundesamt, Stand 2025) ab 16 Jahren mit Hauptwohnsitz seit mindestens drei Monaten in Stadt oder Landkreis Lüneburg, mit deutscher Staatsangehörigkeit oder rechtmäßigem Aufenthalt.
- (3) Eine Wahlkommission begleitet das Verfahren. Sie besteht aus
 - 3 mehrheitlich gewählten migrantischen Vertreter*innen und 2 mehrheitlich gewählten politischen Vertreter*innen aus dem alten IBR (MIGRAR),
 - Die migrantischen und politischen Vertreter*innen sind gleich stimmberechtigt,
 - der Geschäftsstelle ohne Stimmrecht.
- (4) Vorschläge können durch Migrantenselbstorganisationen, Vereine, Verbände, Initiativen oder Einzelpersonen erfolgen.
- (5) Die Berufung erfolgt durch den Rat der Hansestadt und den Kreistag.
- (6) Bei Pflichtverletzungen gemäß § 7 kann der MIGRAR die Abberufung eines Mitglieds beim Rat oder Kreistag beantragen.
- (7) Bei Ausscheiden rückt die gewählte Stellvertretung nach.

§ 5 Vorstand

- (1) Der MIGRAR wählt aus seinen Mitgliedern in geheimer Wahl einen Vorsitz und eine Stellvertretung.
- (2) Der Vorsitz und die Stellvertretung wird mit einfacher Mehrheit gewählt.
- (3) Der Vorstand bereitet Sitzungen vor, vertritt MIGRAR nach außen und ist Ansprechpartner für Verwaltung, Politik und Presse.
- (4) Der Vorstand wird für ein Jahr gewählt. Nach einem Jahr muss eine Neuwahl oder eine Bestätigung des Vorstands vollzogen werden.

§ 6 Geschäftsstelle

- (1) Die Geschäftsführung des Migrationsbeirates wird durch die Verwaltungen des Landkreises Lüneburg und der Hansestadt Lüneburg sichergestellt.
- (2) Sie unterstützt den Vorstand organisatorisch, erstellt Protokolle, versendet Einladungen, organisiert Sitzungen, die Wahlkommission und kommuniziert mit Verwaltung und Politik.
- (3) Die Geschäftsstelle kann Workshops, Schulungen und öffentliche Veranstaltungen durchführen.

§ 7 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Bei Sitzungsabwesenheit ist das Mitglied verpflichtet, sich bei der Geschäftsstelle abzumelden.
- (2) Jedes Mitglied hat das Recht Anträge zu stellen. Die Dringlichkeit ergibt sich aus den Geschäftsordnungen beider Häuser.

- (3) Die Mitglieder nehmen verpflichtend an einem jährlichen Informationsworkshop teil.
- (4) Alle Mitglieder verpflichten sich zu einem diskriminierungsfreien, diversitätssensiblen Verhalten.
- (5) Mandatsverzicht ist jederzeit schriftlich möglich.

§ 8 Sitzungen

- (1) MIGRAR tagt mindestens sechs Mal jährlich; Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich.
- (2) Die Einladung mit Tagesordnung erfolgt mindestens 14 Tage vorher.
- (3) Ein Drittel der Mitglieder kann eine Sondersitzung verlangen.
- (4) Zu Beginn jeder Sitzung findet eine Einwohnenden Fragestunde statt.
- (5) Sitzungssprache ist Deutsch.

§ 9 Beschlussfassung

- (1) MIGRAR ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.
- (2) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst.
- (3) Auf Antrag eines Drittels der Anwesenden wird geheim abgestimmt.
- (4) Beschlüsse werden dokumentiert und – soweit keine vertraulichen Inhalte bestehen – veröffentlicht.

§ 10 Arbeitsgruppen und Vernetzung

- (1) MIGRAR kann thematische Arbeitsgruppen einrichten und externe Personen hinzuziehen.
- (2) Er entsendet Vertreter*innen in den Niedersächsischen Integrationsrat (NIR).
- (3) Die Arbeitsgruppen berichten regelmäßig an den MIGRAR.

§ 11 Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit

- (1) MIGRAR arbeitet nach dem Grundsatz größtmöglicher Transparenz.
- (2) Sitzungsdokumente und Beschlüsse werden über Allris zugänglich gemacht.

§ 12 Protokoll

- (1) Über jede Sitzung wird ein Ergebnisprotokoll erstellt.
- (2) Es enthält: Ort, Zeit, Teilnehmende, Tagesordnungspunkte, Beschlüsse.
- (3) Es muss von Vorsitz und Geschäftsstelle unterzeichnet und fristgerecht an die Mitglieder verschickt werden.
- (4) Die Genehmigung erfolgt in der folgenden Sitzung.

§ 13 Änderungen der Geschäftsordnung

Änderungen können mit einfacher Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder beschlossen werden und treten nach öffentlicher Bekanntmachung im Amtsblatt in Kraft.

§ 14 Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt am _____ in Kraft.
Sie ersetzt die Fassung vom _____.

Entwurf einer Geschäftsordnung für den gemeinsamen Migrationsrat der Hansestadt und des Landkreises Lüneburg

Stand 16.04.26 –Änderungen durch den Kreisausschuss des Landkreises
Lüneburg

Präambel

Der MIGRAR – Gemeinsame Migrationsrat der Hansestadt und des Landkreises Lüneburg – ist die demokratisch legitimierte Interessenvertretung der Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte in Stadt und Landkreis Lüneburg.

Er versteht sich als eigenständiges Gremium in der kommunalen Struktur.
Er fördert die politische, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe und setzt sich für ein solidarisches, vielfältiges und gleichberechtigtes Zusammenleben ein – unabhängig von Herkunft, Sprache, Geschlecht, Religion, sexueller Identität oder Behinderung.

Der MIGRAR betrachtet Integration als einen wechselseitigen Prozess:
Ermutigung zur aktiven Teilhabe sowie Teilhabe, Förderung und Anerkennung von Vielfalt in Stadt und Landkreis Lüneburg.

§ 1 Grundsätze

- (1) Die Hansestadt und der Landkreis Lüneburg bilden auf Grundlage der Vereinbarung zwischen Hansestadt Lüneburg und dem Landkreis Lüneburg vom ~~XX.XX.XXXX~~ **13.09.2017** gemeinsam den MIGAR-Gemeinsamen Migrationsrat.
- (2) Diese Geschäftsordnung basiert auf der Vereinbarung zwischen Hansestadt und Landkreis Lüneburg vom ~~XX.XX.XXXX~~ **13.09.2017**.

§ 2 Aufgaben und Stellung

- (1) Der MIGRAR wirkt im Rahmen seiner Zielsetzung an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen mit, die Menschen mit Migrationsgeschichte betreffen.
- (2) Er kann Anträge, Empfehlungen und Stellungnahmen an Ausschüsse, Rat der Hansestadt und Kreistag richten.
- (3) Der MIGRAR entscheidet im Rahmen der ihm zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel über die Verwendung derselben. Der MIGRAR kann eigenständige Öffentlichkeitsarbeit über die zuständige Pressestelle betreiben.

§ 3 Zusammensetzung

- (1) Der MIGRAR besteht aus ~~bis zu~~ 20 migrantischen Vertretenden (10 aus der Hansestadt Lüneburg und 10 aus dem Landkreis Lüneburg).
- (2) Weitere Mitglieder ergeben sich aus der Vereinbarung zwischen Hansestadt und Landkreis Lüneburg vom ~~XX.XX.XXXX~~ **13.09.2017**.
- (3) Die Zusammensetzung soll gendergerecht und divers erfolgen.
- (4) Die Amtsperiode beginnt mit der Berufung der Mitglieder durch den Rat der Hansestadt Lüneburg und dem Kreistag des Landkreises Lüneburgs. Bis zur ~~Berufung~~ **Neukonstituierung** führt der bisherige MIGRAR die Geschäfte kommissarisch weiter.

§ 4 Wahl, Berufung und Abberufung

- (1) ~~Das Vorschlagsverfahren Die Wahl~~ der migrantischen Mitglieder finden parallel zur Kommunalwahl in Niedersachsen statt.
- (2) ~~Vorschlagbar Wählbar~~ sind Menschen mit Migrationshintergrund (Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Im Einzelnen umfasst diese Definition zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-) Aussiedlerinnen und (Spät-) Aussiedler sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen dieser Gruppe (Definition Statistisches Bundesamt, Stand 2025) ab 16 Jahren mit Hauptwohnsitz seit mindestens drei Monaten in Stadt oder Landkreis Lüneburg, mit deutscher Staatsangehörigkeit oder rechtmäßigem Aufenthalt.
- (3) Eine ~~Vorschlagskommission Wahlkommission~~ begleitet das Verfahren. Sie besteht aus
 - 3 mehrheitlich gewählten migrantischen Vertreter*innen und 2 mehrheitlich gewählten politischen Vertreter*innen aus dem alten IBR (MIGRAR),
 - ~~die Die~~ migrantischen und politischen Vertreter*innen sind gleich stimmberechtigt,
 - der Geschäftsstelle ohne Stimmrecht.
- (4) ~~Die Vorschlagskommission richtet die Vorschlagsliste zur Konstituierung an die Vertretungen von Stadt und Kreis.~~
- (4)(5) ~~_____~~ Vorschläge können durch Migrantenselbstorganisationen, Vereine, Verbände, Initiativen oder Einzelpersonen erfolgen. ~~Die Vorschläge sind an die Geschäftsstelle zu richten.~~
- (5)(6) ~~_____~~ Die Berufung erfolgt durch den Rat der Hansestadt und den Kreistag.
- (6)(7) ~~_____~~ Bei Pflichtverletzungen gemäß § 7 kann der MIGRAR die Abberufung eines Mitglieds beim Rat oder Kreistag beantragen.
- (7)(8) ~~_____~~ Bei Ausscheiden rückt die ~~berufene gewählte~~ Stellvertretung nach.

Formatiert: Schriftart: (Standard) Arial

§ 5 Vorstand

- (1) Der MIGRAR wählt aus seinen Mitgliedern in geheimer Wahl einen Vorsitz und eine Stellvertretung.
- (2) Der Vorsitz und die Stellvertretung ~~werden wird~~ mit einfacher Mehrheit gewählt ~~und bilden den Vorstand-~~
- (3) Der Vorstand bereitet Sitzungen vor, vertritt MIGRAR nach außen und ist Ansprechpartner für Verwaltung, Politik und Presse.
- (4) Der Vorstand wird für ein Jahr gewählt. Nach einem Jahr muss eine Neuwahl oder eine Bestätigung des Vorstands vollzogen werden.

§ 6 Geschäftsstelle

- (1) Die Geschäftsführung des Migrationsbeirates wird durch die Verwaltungen des Landkreises Lüneburg und der Hansestadt Lüneburg sichergestellt.

- (2) Sie unterstützt den Vorstand organisatorisch, erstellt Protokolle, versendet Einladungen, organisiert Sitzungen, die Vorschlagskommission ~~Wahlkommission~~ und kommuniziert mit Verwaltung und Politik.
- (3) Die Geschäftsstelle kann Workshops, Schulungen und öffentliche Veranstaltungen durchführen.

§ 7 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) ~~Von den Mitgliedern wird erwartet, sich bei Sitzungsabwesenheit bei der Geschäftsstelle abzumelden. Bei Sitzungsabwesenheit ist das Mitglied verpflichtet, sich bei der Geschäftsstelle abzumelden.~~
- (2) Jedes Mitglied hat das Recht Anträge zu stellen. Die Dringlichkeit ergibt sich aus der Geschäftsordnung des Kreistages. ~~den Geschäftsordnungen beider Häuser.~~
- (3) ~~Von den Mitgliedern wird erwartet, an einem jährlichen Informationsworkshop teilzunehmen. Die Mitglieder nehmen verpflichtend an einem jährlichen Informationsworkshop teil.~~
- (4) ~~Von allen Mitgliedern wird ein diskriminierungsfreies und diversitätssensibles Verhalten erwartet. Alle Mitglieder verpflichten sich zu einem diskriminierungsfreien, diversitätssensiblen Verhalten.~~
- (5) Mandatsverzicht ist jederzeit schriftlich möglich.

§ 8 Sitzungen

- (1) Der MIGRAR tagt mindestens sechs Mal jährlich; Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich.
- (2) Die Einladung mit Tagesordnung erfolgt mindestens 14 Tage vorher.
- (3) Ein Drittel der Mitglieder kann eine Sondersitzung verlangen.
- (4) Zu Beginn jeder Sitzung findet eine Einwohnenden Fragestunde statt.
- (5) Sitzungssprache ist Deutsch.

§ 9 Beschlussfassung

- (1) Der MIGRAR ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.
- (2) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst.
- (3) Auf Antrag eines Drittels der Anwesenden wird geheim abgestimmt.
- (4) Beschlüsse werden dokumentiert und – soweit keine vertraulichen Inhalte bestehen – veröffentlicht.

§ 10 Arbeitsgruppen und Vernetzung

- (1) Der MIGRAR kann thematische Arbeitsgruppen einrichten und externe Personen hinzuziehen.
- (2) Er entsendet Vertreter*innen in den Niedersächsischen Integrationsrat (NIR).
- (3) Die Arbeitsgruppen berichten regelmäßig an den MIGRAR.

§ 11 Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit

- (1) Der MIGRAR arbeitet nach dem Grundsatz größtmöglicher Transparenz.
- (2) Sitzungsdokumente und Beschlüsse werden über Allris zugänglich gemacht.

§ 12 Protokoll

- (1) Über jede Sitzung wird ein Ergebnisprotokoll erstellt.
- (2) Es enthält: Ort, Zeit, Teilnehmende, Tagesordnungspunkte, Beschlüsse.
- (3) Es muss von Vorsitz und Geschäftsstelle unterzeichnet und fristgerecht an die Mitglieder verschickt werden.
- (4) Die Genehmigung erfolgt in der folgenden Sitzung.

§ 13 Änderungen der Geschäftsordnung

Änderungen können mit einfacher Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder beschlossen werden. Sie bedürfen der Zustimmung von Kreistag und Stadtrat- und treten nach öffentlicher Bekanntmachung im Amtsblatt in Kraft.

§ 14 Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt am _____ in Kraft.
Sie ersetzt die Fassung vom _____.